

## **Bericht zum offiziellen HLPF Side-Event: “Spillover effects, sustainable supply chains and SDG 9”**

Am 13. Juni 2023 veranstaltete SDSN Germany in Partnerschaft mit seiner Mitgliedsorganisation VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen), SDSN UK, UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) sowie der Ständigen Vertretung Äthiopiens bei den Vereinten Nationen ein offizielles Side-Event im Rahmen des High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) in New York. Unter dem Titel “Spillover effects, sustainable supply chains and SDG 9” standen insbesondere negative Spillover-Effekte und die Herausforderungen in der Gestaltung nachhaltiger Lieferketten, denen sich Regierungen, Unternehmen und andere gesellschaftliche Akteure gegenübersehen, im Zentrum. Zusammenfassend herausgestellt wurde, dass nur durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven von betroffenen Länder, politikkohärente Governance-Strategien, Lösungen für die Datenproblematik sowie globale Dialoge und multilaterale Partnerschaften, negative Spillover-Effekte abgebaut werden können.

Nach einer Begrüßung durch Botschafter **Tesfaye Yilma Sabo** (Ständige Vertretung Äthiopiens bei den Vereinten Nationen) und einführenden Worten des Leiters des UNIDO-Büros in New York, **Ralf Bredel**, eröffnete Moderator **Axel Berger** (SDSN Germany) die Gesprächsrunde mit den Expert\*innen. Mit dabei waren **Ilka Hirt** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz), **Graham Long** (Newcastle University), **Carlo Mario Franchini Irujo** (Peruanisches Ministerium für Produktion), **Karen Björk Eypórsdóttir** (Büro der isländischen Premierministerin), **Amanda Archila** (Fairtrade America) und **Ana Maria Suarez Franco** (FIAN International). Weitere Infos zu den Sprecher\*innen finden sich im [Programm](#).

Zu Beginn wurde hervorgehoben, dass es negative Spillover-Effekte, verstanden als unerwünschte Ausstrahlungseffekte von Handlungen eines Landes auf ein anderes, schon sehr lange gebe, sie aber zunehmende Bedeutung für die internationale Diskussion zur Beschleunigung der Umsetzung der Agenda 2030 erlangten. Dazu gehörten beispielsweise die Auslagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse, Exporte gefährlicher Pestizide und Abfälle, die Nachfrage nach Rohstoffen, deren An- und Abbau die lokale Artenvielfalt gefährde oder schlechte Arbeitsstandards und niedrige Löhne in internationalen Lieferketten. Somit handle es sich um ein globales Problem, welches nicht allein auf nationalstaatlicher Ebene angegangen werden könne. Der erste Schritt bestehe darin, die Bedeutung negativer Spillover-Effekte hervorzuheben und Einigkeit international darüber herzustellen, dass ihre Überwindung einen sehr wichtigen Faktor für die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) weltweit darstelle. Zu lange seien Spillover-Effekte bei der Überprüfung der SDGs nicht berücksichtigt worden. Sowohl in der nationalen, europäischen als auch in der internationalen Diskussion müsse dies deutlicher gemacht und die Anstrengungen zu ihrer Reduzierung zu erhöht werden. Bestehende Maßnahmen, Gesetze und Gesetzesvorhaben reichten auf allen Ebenen noch nicht aus. Zudem brauche es mehr Politikkohärenz und komplementäre Instrumente, um der Problematik zu begegnen.

Ein Positivbeispiel sei, dass Deutschland die Thematik künftig in seine nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen wolle und im Sinne „positiver“ Spillover-Effekte, die Förderung von GreenTech-Unternehmen und innovativen Umwelttechnologien im Rahmen internationaler Zusammenarbeit, vorantreibe. Auch andere Hoheinkommensländer wie Island gehen mit positivem Beispiel voran und sind bemüht, die Wissensgrundlage zu negativen Spillover-Effekte zu verbessern, die für politisches Handeln notwendig ist. So wurde die *University of Iceland* mit der Durchführung einer Studie beauftragt, die zu vier klaren Empfehlungen führte, um negative Spillover-Effekte zu reduzieren: Regierungen brauchen eine klare Vision und einen fundierten Aktionsplan, es braucht ein besseres Verständnis der Herausforderungen durch Forschung, der allgemeine Verbrauch muss reduziert werden und internationale Kooperation auf diesem Gebiet ist zentral. Betont wurden auch als positiv zu bewertende Schritte auf EU-Ebene: Dort werde an Maßnahmen gearbeitet, die nachhaltige Handelsbeziehungen und Umweltpolitik gleichermaßen förderten. Beispiele dafür seien das Gesetz zur Bekämpfung der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung infolge von Produktion und Verbrauch in der EU oder auch die EU-Verordnung über Batterien und Altbatterien.

Doch auch wenn es in einigen Sektoren bereits Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht gebe und sich die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene *Corporate Sustainability Due Diligence Directive* in der Umsetzung befinde, reiche dies noch nicht aus. Es müsse darauf geachtet werden, dass keine Ausnahmen und Schlupflöcher

für Unternehmen beständen, Geschädigte erfolgreich Schadensersatz einklagen könnten sowie schon im Erstellungs- aber auch im Umsetzungsprozess insbesondere die Beteiligung von Betroffenen sichergestellt werde. Nur durch letzteres sei es möglich, wirklich wirksame und ausreichende Lösungen zu entwickeln.

Aus diesem Grund arbeite aktuell eine vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte zwischenstaatliche Arbeitsgruppe an der Entwicklung eines international rechtsverbindlichen Instruments, um Unternehmen und ihre Wertschöpfungsketten weltweit zu regulieren – basierend auf den Erfahrungen und aktiver Einbindung der betroffenen Länder. Das Instrument müsse darauf abzielen, die Prävention, die Haftung, die Rechenschaftspflicht von Unternehmen und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit entlang von Wertschöpfungsketten zu gewährleisten, unter anderem durch die Klärung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte. Politische und regulatorische Bemühungen, seien bis jetzt nicht nur größtenteils national, sondern in den meisten Fällen auch freiwillig, mit einer erheblichen Asymmetrie zwischen den Rechten, die Unternehmen in Handels- und Investitionsabkommen zugestanden werden, und dem Fehlen einer effektiven Durchsetzung der Menschenrechte, insbesondere jenseits der eigenen Ländergrenzen. Sich nur auf die Selbstregulierung des Privatsektors zu verlassen, berge die Gefahr des „Greenwashings“. Darum brauche es eine gute Mischung aus Regierungsvorschriften und einem System, das Anreize für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit schaffe, statt lediglich für ökonomische Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Wichtig sei zudem sicherzustellen, dass Regulierungen, wie beispielsweise der Abholzung, auch tatsächlich umgesetzt und kontrolliert würden, ohne dass dabei die Menschen vor Ort belastet würden. Einigkeit zwischen den Expert\*innen bestand darin, dass die Industrie beim Thema negativer Spillover-Effekte zwar Teil des Problems, aber gleichzeitig auch Teil der Lösung sei. Um dieser entgegen zu kommen, sei es wichtig, sie frühzeitig einzubeziehen.

Ein weiterer Aspekt sei, dass oft insbesondere selbst von negativen Spillover-Effekten betroffene Länder darum bemüht seien, ihre industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Fertigungssektoren könnten jedoch häufig den neuen, verbesserten internationalen Umweltstandards nicht entsprechen. Es brauche deswegen eine bessere technische Zusammenarbeit und mehr finanzielle Unterstützung zwischen den von negativen Spillover-Effekten betroffenen Ländern und den Ländern, die die Standards entwickeln. Gemeinsam müsse für entsprechende Länder ein Mittelweg zwischen dem Anforderungsniveau und der Anpassungszeit gefunden werden. Außerdem brauche es eine Bereitstellung von handelspolitischen Schutzinstrumenten sowie eine Regelung über Ausnahmen, wenn diese erforderlich seien, wobei stets die Unterschiede zwischen Hocheinkommensländern und Ländern niedrigen Einkommens in Bezug auf die Bereitschaft zur Einhaltung der neuen Normen zu berücksichtigen seien. In diesem Kontext wurde auch die enge Verbindung von SDG 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ zu SDG 8, der Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle, eines inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums und produktiver Vollbeschäftigung, und SDG 12, das nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen soll, unterstrichen.

Hinzu käme, dass, um negative Spillover-Effekte zu reduzieren, bestehende Datenlücken zügig geschlossen werden müssten. Es gelte: Nur was gemessen werden kann, kann reguliert werden. Darüber hinaus sei es auch wichtig das zu messen, was schon reguliert würde, um zu prüfen, ob bestehende Vorschriften Sinn ergäben – für beides gäbe es aber insgesamt zu wenige Daten. Der Spillover-Index<sup>1</sup> stelle einen guten ersten Anhaltspunkt dar, sei aber ausbaufähig. Positiv zu bewerten sei ein neuer Indikator über moderne Sklaverei, insgesamt aber kämen politische und soziale Indikatoren im Vergleich zu Umweltindikatoren zu kurz. In diesen Bereichen seien Spillover-Effekte besonders schwer zu messen, weswegen es dringend mehr Forschung zu diesen geben müsse. Die Datenverlässlichkeit müsse sich verbessern und statistische Kapazitäten, auch durch kreative und alternative Erhebungsmethoden<sup>2</sup>, weltweit ausgebaut werden.

SDSN Germany bedankt sich bei allen Partnern für die gute und gewinnbringende Zusammenarbeit und wird das Thema nach wie vor weiter behandeln.

---

<sup>1</sup> Der [Spillover-Index](#) ist Teil des einmal jährlich erscheinenden [Sustainable Development Reports](#) des globalen [SDSN](#).

<sup>2</sup> Wie beispielsweise durch *Citizen Science* (Bürgerwissenschaft oder Bürgerforschung), bei der Forschungsprojekte komplett oder mit Hilfe von ungeschulten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt werden.

## Report on the official HLPF side event: "Spillover effects, sustainable supply chains and SDG 9"

On 13 June 2023, SDSN Germany, in partnership with its member organisation VENRO (Association of German Development and Humanitarian Organisations), SDSN UK, UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) and the Permanent Mission of Ethiopia to the United Nations, hosted an official side event at the High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) in New York. Titled "Spillover effects, sustainable supply chains and SDG 9", the event focused on negative spillover effects and the challenges faced by governments, companies and other social actors in designing sustainable supply chains. The overall key message was that negative spillover effects can only be reduced by taking into account the different perspectives of affected countries, policy coherent governance strategies, solutions for the data challenges as well as global dialogues and multilateral partnerships.

After a welcome by **Ambassador Tesfaye Yilma Sabo** (Permanent Mission of Ethiopia to the United Nations) and introductory words by **Ralf Bredel**, Head of the UNIDO Office in New York, moderator **Axel Berger** (SDSN Germany) gave the floor to the panelexperts. The panel included **Ilka Hirt** (German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Nuclear Safety and Consumer Protection), **Graham Long** (Newcastle University), **Carlo Mario Franchini Irujo** (Peruvian Ministry of Production), **Karen Björk Eypórsdóttir** (Office of the Prime Minister of Iceland), **Amanda Archila** (Fairtrade America) and **Ana Maria Suarez Franco** (FIAN International). Further details about the speakers can be found in the [programme](#).

It was emphasised that negative spillover effects, understood as undesired effects from the actions of one country towards another, have existed for a very long time, but are becoming increasingly important for the international discussion on accelerating the implementation of the 2030 Agenda. These include, for example, the outsourcing of emission-intensive production processes, exports of hazardous pesticides and waste, the demand for raw materials whose cultivation and extraction endanger local biodiversity, or poor labour standards and low wages in international supply chains. This is a global problem that cannot be tackled at the national level alone. The first step is to highlight the importance of negative spillover effects and to build international consensus that overcoming them is a very important factor in achieving the Sustainable Development Goals (SDGs). For too long, spillover effects have not been taken into account in the review of the SDGs. This must be made clearer in the national, European and international debate and efforts to reduce them must be increased. Existing measures, laws and legislative proposals are not yet sufficient at all levels. In addition, more policy coherence and complementary instruments are needed to address this challenge.

A positive example is that Germany intends to include the topic in its national sustainability strategy and is pushing the promotion of green tech companies and innovative environmental technologies within the framework of international cooperation on "positive" spillover effects. Other high-income countries such as Iceland are also setting a positive example and striving to improve the knowledge base on negative spillover effects that is necessary for political action. For example, the University of Iceland was commissioned to conduct a study that resulted in four clear recommendations to reduce negative spillovers: Governments need a clear vision and a sound action plan, there needs to be a better understanding of the challenges through research, general consumption needs to be reduced and international cooperation in this area is central. Positive steps at the EU level were also emphasised: work is being done on measures that promote sustainable trade relations and environmental policy in equal measure. Examples of this are the law to combat global deforestation and forest degradation resulting from production and consumption in the EU and the EU regulation on batteries and spent batteries.

However, even if there are already legal provisions on due diligence in some sectors and the *Corporate Sustainability Due Diligence Directive* proposed by the European Commission is being implemented, this is not yet sufficient. It must be ensured that there are no exceptions or loopholes for companies, that injured parties can successfully sue for damages, and that the participation of those affected is already guaranteed in the drafting process, but also in the implementation process. Only through the latter is it possible to develop truly effective and sufficient solutions.

For this reason, an intergovernmental working group set up by the UN Human Rights Council is currently working on the development of an internationally legally binding instrument to regulate companies and their value chains worldwide - based on the experience and active involvement of the countries concerned. The instrument should aim to ensure prevention, liability, corporate accountability and intergovernmental cooperation along value chains, including by clarifying their human rights obligations. Policy and regulatory efforts to date have not only been largely national, but in most cases voluntary, with a significant asymmetry between the rights granted to companies in trade and investment agreements and the lack of effective enforcement of human rights, especially beyond their own national borders. Relying only on self-regulation by the private sector runs the risk of "green-washing". This is why a good mix of government regulations and a system that incentivises social justice and environmental sustainability, rather than just economic efficiency and competitiveness, is needed. It is also important to ensure that regulations, in areas such as deforestation, are actually implemented and controlled without burdening local people. The experts agreed that industry is part of the problem when it comes to negative spillover effects, but that it is also part of the solution. In order to accommodate them, it is important to involve them at an early stage.

Another important aspect is that often countries particularly affected by negative spillover effects strive to improve their industrial competitiveness. However, the manufacturing sectors are often unable to meet the new, improved international environmental standards. Therefore, there is a need for better technical cooperation and more financial support between the countries affected by negative spillover effects and the countries developing the standards. Together, a halfway point between the level of requirements and the adaptation time has to be found for the respective countries. In addition, there is a need to provide trade defence instruments and to regulate exemptions where necessary, always taking into account the differences between high-income and low-income countries in their willingness to comply with the new standards. In this context, the close link between SDG 9 on industry, innovation and infrastructure and SDG 8 on promoting decent work for all, inclusive and sustainable economic growth and full and productive employment, and SDG 12 on ensuring sustainable consumption and production patterns, was underlined.

Finally, in order to reduce negative spillover effects, existing data gaps would have to be closed quickly. It is true that only what can be measured can be regulated. In addition, it is also important to measure what is already regulated in order to check whether existing regulations make sense - but there is too little data for both. The spillover index is a good first indication, but could be expanded. A new indicator on modern slavery was a positive development, but overall political and social indicators were too weak compared to environmental indicators. In these areas, spillover effects are particularly difficult to measure, which is why there is an urgent need for more research on them. Data reliability must be improved and statistical capacities expanded worldwide, also through creative and alternative data collection methods.

SDSN Germany would like to thank all partners for the positive and productive cooperation and will continue to work on this topic.